



**Geschäftsführung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung
und Rechtsfragen / Vergabe /
Internationales**

Frau Siemon

Telefon: (0221) 221 25001

Fax: (0221) 221 20026

E-Mail: Anja.Siemon@STADT-KOELN.DE

Beschlussprotokoll

über die **Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, den 26.04.2021, 17:04 Uhr bis 17:55 Uhr, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)

I. Öffentlicher Teil

**Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales
0973/2021**

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales bestellt für die restliche Dauer der Wahlperiode 2020 bis 2025

Frau Anja Siemon zur Schriftführerin des Ausschusses.

Die Bestellung von Frau Melina Schacknat zur Schriftführerin wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

**1.1 Controllingbericht zum 1. Gleichstellungsplan für 2019 - 2023 (zurückgestellt aus der Sitzung vom 08.03.2021; bitte halten Sie Ihre Unterlagen bereit)
3641/2020**

Die Beschlussvorlage wurde auf Vorschlag der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung ohne Votum in den Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern vertagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9 Platzvergaben

9.1 Genehmigung von Veranstaltungen auf den zentralen Innenstadtplätzen für das 2. Halbjahr 2021 1203/2021

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Genehmigungen für Veranstaltungen im 2. Halbjahr 2021

1. den zentralen Innenstadtplatz Heumarkt für die Durchführung des Altstadtfestes vom 08.10. – 10.10.2021 (incl. Auf- und Abbauzeiten 06.10. – 11.10.2021) dem Veranstalter zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Änderungsverordnung zum Kölner Taxitarif 0539/2021

Beschluss:

Frau Hoyer von der FDP-Fraktion bittet darum, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

10.2 Bedarfsfeststellung für ein Assessment Center zur Auswahl der Teilnehmenden an einer modularen Qualifizierung und zur Vergabe der Förderungen bzw. Anerkennungen eines Masterstudiums im Verwaltungsbereich, technischen Bereich und Sozial- und Erziehungsdienst 1079/2021

Beschluss:

Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales stellt den Bedarf zur Durchführung des Assessment Centers für den oben genannten Teilnehmendenkreis fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

am 26.04.2021

10.3 Erweiterung des bisherigen Projektes „Bleiberechtigtenperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln“ zum Programm „Bleiberechtigtenperspektiven in Köln“
3534/2020

Beschluss

- 1) Der AVR empfiehlt dem Rat folgendes zu beschließen: die Erweiterung des bisherigen Projektes „Bleiberechtigtenperspektiven für langjährig geduldete Menschen in Köln“ zum Programm „Bleiberechtigtenperspektiven in Köln“ auf der Grundlage des Konzeptes aus Anlage 1 und des Förderprogramms aus Anlage 2 ab dem 01.05.2021.
- 2) Zur Finanzierung der Erweiterung des Projektes empfiehlt der AVR dem Rat folgendes zu beschließen: Gemäß § 83 GO NRW überplanmäßige zahlungswirksame Mehraufwendungen im Haushaltsjahr 2021 im Teilergebnisplan 0209 – Ausländerangelegenheiten – in Höhe von 191.740 EUR in der Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen sowie in Höhe von 147.340 EUR in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen. Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksame Minderaufwendung im Teilergebnisplan 0503, Weitere soziale Pflichtleistungen, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen. Zum Haushaltsplan 2022 ff. erfolgt die Bereitstellung der benötigten Mittel im Rahmen einer haushaltsneutralen Umschichtung.
- 3) Für die Erweiterung des Projekts erfolgt die Einrichtung folgender unbefristeter Stellen zum Stellenplan 2022
 - 2,0 Planstellen Sozialarbeiter/in / -pädagog/e/in, EGr. S12 TVöD-SuE
 - 1,0 Planstellen Verwaltungsbeschäftigte/r EGr.:9c TVöD bzw. StOI BGr. A10 LBesG NRW
 - 1,0 Planstellen Verwaltungsbeschäftigte/r EGr.: 8 TVöD bzw. StHS BGr. A 8 LBesG NRW
- 4) Bis zum Start des erweiterten Programms wird die aktuelle Projektarbeit fortgesetzt und den beteiligten Trägern eine Förderung gemäß der bisherigen Projektkooperation gewährt, um einen fließenden Übergang des Projekts in das neue Programm zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

10.5 Besetzung der Ausländerrechtlichen Beratungskommission (ABK) für die Wahlperiode 11-2020 - 2025
3683/2020

Beschluss:

- I. Die Geschäftsordnung der ausländerrechtlichen Beratungskommission wird wie folgt geändert:

§ 2 Abs. 1 lautet:

Der ausländerrechtlichen Beratungskommission gehören von den stimmberechtigt im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vertretenen Fraktionen des Rates der Stadt Köln je ein benanntes Mitglied sowie jeweils drei Vertreter/innen der freien Wohlfahrtspflege, ein/e Vertreter/in der Flüchtlingsberatungsstellen, ein/e Vertreter/in des Integrations-

am 26.04.2021

rates, ein/e Vertreter/in des Amtes für Integration und Vielfalt und der/die Vertreter/Vertreterin der Ausländerbehörde an. Die Fraktionen benennen jeweils ein Mitglied und eine Stellvertretung.

II. Der Rat bestellt gemäß § 2 Absatz 1 der Geschäftsordnung der ausländerrechtlichen

Beratungskommission

- a) auf Vorschlag der Fraktionen im Rat folgende Mitglieder und Stellvertreter*innen

| Mitglied | | Stellvertretung |
|----------|--------------------|-----------------|
| Grüne | Dilan Yazicioglu | Firat Yurtsever |
| SPD | Frau Brockstorms | noch offen |
| CDU | Aron Appuhn | Felix Spehl |
| Linke | Güldane Tokyürek | Jörg Detjen |
| FDP | Catherine Schöppen | Stefanie Ruffen |
| Volt | noch offen | noch offen |

- b) auf Vorschlag des Integrationsrates folgendes Mitglied und Stellvertreter*in

1. _____

- c) auf Vorschlag der freien Wohlfahrtspflege, der Flüchtlingsberatungsstellen, des Amtes für Integration und Vielfalt und der Ausländerbehörde.

| | Ordentliches Mitglied | Stellvertreter/in |
|---|---|---|
| Für die freie Wohlfahrtspflege | | |
| Diakonisches Werk Köln | Birgit Pikullik | Annette de Fallois |
| Caritasverband für die Stadt Köln e.V. | Monika Kuntze | Susanne Rabe-Rahman |
| Deutsches Rotes Kreuz | Marita Bosbach | (Stellvertretung erfolgt durch Int. Bund) |
| Internationaler Bund (Stellvertretung für DRK) | ./. | Peter Zinken |
| Für die Flüchtlingsberatungsstellen | Claus-Ulrich Prölß (Kölner Flüchtlingsrat e. V.) | Denise Klein (agisra e.V) |
| Für das Amt für Integration und Vielfalt | Susanne Kremer-Buttkereit | Andreas Vetter |
| Für die Ausländerbehörde | Christina Boeck | Ulrike Willms |

III. Die Bestellung erfolgt für die Dauer der Wahlperiode des Rates.

Beschluss:

Ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

am 26.04.2021

**10.6 Satzung zur rückwirkenden Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 19. Dezember 2012
0988/2021**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat der Stadt Köln die in Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 19. Dezember 2012 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmung zugestimmt

**10.7 Änderung der Hauptsatzung, hier: Erweiterung der Entsendung sachkundiger Einwohner*innen durch die Seniorenvertretung (Wirtschaftsausschuss, Digitalisierungsausschuss, Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie Gleichstellungsausschuss)
0329/2021**

Beschluss:

Ohne Votum in den Rat.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**10.8 Bedarfsfeststellungsbeschluss im Zuge des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln für die Silvesterfeiern in den Jahren 2021 bis 2024 und Vergabe der Leistungen
0283/2021**

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt zur Kenntnis, dass die Stadt Köln analog der Vorjahre anlässlich der Silvesterfeiern 2021 bis 2024 ein erhöhtes Risiko-Management und in diesem Rahmen Maßnahmen zur Vermeidung und Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung plant und durchführt.
2. Der Rat der Stadt Köln erkennt den mit der Übernahme dieses erhöhten Risikomanagements verbundenen finanziellen Bedarf für Sicherheitsmaßnahmen zu Silvester in Höhe von netto insgesamt 1.702.500 EUR (brutto 2.025.975 EUR) für die Jahre 2021 bis 2024 an und stimmt der Vergabe der Leistungen als Gesamtpaket im Wege einer öffentlichen Ausschreibung für das Jahr 2021 mit der Option der dreimaligen Verlängerung für die Jahre 2022 bis 2024 zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**10.9 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“
hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 und 2
1004/2021**

Beschluss:

Der AVR empfiehlt dem Rat folgendes zu beschließen:

1. die Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ (KIM) sowie die Umsetzung der Förderbausteine
 - (1) Implementierung und Betrieb eines strategischen Kommunalen Integrationsmanagements
und
 - (2) Implementierung eines rechtskreisübergreifenden, individuellen Case Managements

unter dem Vorbehalt der Förderung aus Mitteln des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW (MKFFI). Für das Jahr 2021 liegen die Bewilligungsbescheide der Bezirksregierung Arnsberg bereits vor. Die Laufzeit des Projektes beginnt am 01.05.2021 und endet zum 31.12.2022.

2. die Finanzierung des Gesamtprojektvolumens von 1.686.708,05€ wie folgt:
 - Die erforderlichen Mittel für das Haushaltsjahr 2021 werden im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity finanziert. Es werden insgesamt Mittel in der Teilplanzeile 11-Personalaufwendungen i.H.v. 213.633,33€, in der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen i.H.v. 226.666,67€ und in der Teilplanzeile 16-Sonstige ordentliche Aufwendungen i.H.v. 78.100,00€ benötigt. Darüber hinaus ist mit einem voraussichtlichen Ertrag in der Teilplanzeile 02-Zuwendungen und allgemeine Umlagen i.H.v. 463.500,00€ zu rechnen. Diese Erträge werden zur Finanzierung herangezogen. Der Eigenanteil i.H.v. 54.900,00 € wird innerhalb des Budgets des Teilplans 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity kompensiert.
 - Haushaltsjahr 2022: Es werden insgesamt Mittel in der Teilplanzeile 11-Personalaufwendungen i.H.v. 326.859,00€, in der Teilplanzeile 15-Transferaufwendungen i.H.v. 680.000,00€ und in der Teilplanzeile 16-Sonstige ordentliche Aufwendungen i.H.v. 78.100,00€ und in der Teilplanzeile 02-Zuwendungen und allgemeine Umlagen i.H.v. 843.100,00€ benötigt. Diese Erträge werden zur Finanzierung herangezogen. Die genannten Aufwendungen führen somit zu einem Mehrbedarf gegenüber der beschlossenen Haushaltsplanung 2020/2021 inkl. mittelfristiger Finanzplanung. Die Mittelfristplanung selbst stellt noch keine gesicherten Aufwandsermächtigungen dar. Das Dezernat OB wird im Rahmen des Haushaltsplanungsprozesses 2022ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel, ggf. durch Umschichtungen, im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity vorsehen.
 - Haushaltsjahr 2023: Es werden insgesamt Mittel in der Teilplanzeile 11-Personalaufwendungen i.H.v. 83.349,05€ benötigt. Die genannten Aufwendun-

am 26.04.2021

gen führen somit zu einem Mehrbedarf gegenüber der beschlossenen Haushaltsplanung 2020/2021 inkl. mittelfristiger Finanzplanung. Die Mittelfristplanung selbst stellt noch keine gesicherten Aufwandsermächtigungen dar. Das Dezernat OB wird im Rahmen des Haushaltsaufstellungsprozesses 2022 ff. innerhalb des dann zugewiesenen Budgets die erforderlichen Mittel im Teilergebnisplan 0504-Freiwillige Sozialleistungen und Diversity vorsehen.

3. die für den Förderzeitraum (01.05.2021-.31.12.2022) und die nachfolgende Abwicklung der Projektabschlussarbeiten vom 01.05.2021 bis 31.03.2023 befristete Einrichtung von folgenden Stellen:

Förderbaustein 1

- 1,0 E 13 TVöD bzw. A13 Lg. 2, 2. Eingangsamts LBesG NRW (Leitung und Strategischer Overhead)
- 1,5 S17 TVöD S (Strategische Steuerung Integration Zugewanderte in den Arbeitsmarkt)
- 0,5 A7 LBesG NRW (Assistenz)

Förderbaustein 2

- 1,0 S15 TVöD S (Mitarbeit Strategische Steuerung Beratungslandschaft für Zugewanderte/ Case Management in Köln und operative Koordination der Case-Manager*innen)

Für die vorzeitige Besetzung ab dem 01.05.2021 werden bis zum Inkrafttreten des Haushalts 2022 verwaltungsintern entsprechende Verrechnungsstellen bereitgestellt.

Begründung der Dringlichkeit

Aufgrund der umfangreichen verwaltungsinternen Abstimmungen kann die Vorlage nicht fristgerecht in den Beratungsgang eingebracht werden. Eine Beschlussfassung in der Sitzung des Rates am 06.05.2021 ist erforderlich, da der Förderbescheid des Landes bereits vorliegt und der Projektstart auf den 01.05.2021 festgelegt ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**10.10 Live-Stream attraktiver gestalten
1327/2021**

Beschluss:

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**10.11 Erschließung von alternativen Spielstätten: Umsetzung Konzept zur Förderung des Open-Air-Angebots sowie Corona-Zwischennutzungsfonds 2021
1217/2021**

Beschluss:

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt